

Ostdeutsche Presse.

Erscheint täglich, ausgenommen an Sonn- und Festtagen, je 2-4 Bogen stark.
Wöchentlich drei Gratis-Beilagen: „Bromberger Verkehrs-Zeitung“ (4 Seiten stark),
„Unterhaltungsblatt“ (8 Seiten stark), „Illustriertes Unterhaltungsblatt“ (8 Seiten stark).
Außerdem „Verlosungsliste“ (14 tägig).
In Bromberg kostet die Zeitung: Abgeholt aus unserer Geschäftsstelle, Wilhelm-Strasse 20,
oder aus einer unserer Ausgabestellen **vierteljährlich 1,75 Mark, für 2 Monate 1,20 Mark,**
für 1 Monat **0,60 Mark.**
Frei ins Haus: **vierteljährlich 2 Mark, für 2 Monate 1,40 Mark, für 1 Monat 0,70 Mark.**
Für Auswärts nimmt jede Postanstalt Bestellungen entgegen und kostet die Zeitung
vierteljährlich 2 Mark.



Anzeigen nehmen außerhalb sämtlicher Zeitungen an; außerdem Rudolf Mosse, Haasenstein u. Vogler, G. L. Daube u. Co., sowohl in Berlin als ihren übrigen Niederlagen; Bernhard Arndt in Berlin; Heinrich Eisler in Berlin, Hamburg, S. Salomon, Stettin; Societas Havas Lallitte & Co., Paris 8 Place de la Bourse. Moiss Herndl, Wien, I, Schulerstrasse 14.
Die 7-gespaltene Beizeile oder deren Raum kostet 20 Pf. Arbeitsmarkt 15 Pf.
Reklamen-Zeile 50 Pf. Wohnungs-, Arbeitsmarkt- und Auktions-Anzeigen dieser Zeitung finden unentgeltliche Aufnahme in dem „Bromberger Straßen-Anzeiger“, welcher täglich an die Anschlagtafeln befestigt wird.
Unbeantwortet eingesandte Manuskripte werden nur dann zurückgeschickt, wenn das Porto beigefügt war.

29. Jahrgang. **Unsere Geschäftsstelle besorgt Anzeigen für sämtliche in- und ausländische Zeitungen zu Originalpreisen ohne jeden Aufschlag.** 29. Jahrgang.

No. 60. Bromberg, Sonnabend, den 11. März. 1905.

Zur Bewegung in Rußisch-Polen.

Die Undurchsichtigkeit und dabei die Bedrohlichkeit der revolutionären Bewegung in Rußisch-Polen ist an dieser Stelle schon vor einiger Zeit behandelt worden und wir haben bei jener Gelegenheit darauf hingewiesen, daß sich hier anstehend Vorgänge abspielen, die mit den parallelen Ereignissen in Rußland selbst nur lose zusammenhängen, daß es sich aber namentlich um Dinge handelt, die vielfach von dem uns ungefähr vertrauten Wesen der nationalpolnischen Propaganda abweichen. Hierfür sprach u. a., daß eine Versammlung von polnischen Notabeln in Krakau in merkwürdiger Weise Stellung nahm gegen die Bewegung in Rußisch-Polen, daß zu ruhiger Beobachtung, ja zu einem gewissen Mißtrauen geraten wurde. So stellte sich denn die Frage ein, ob in der gegenwärtigen Bewegung in Rußisch-Polen nicht ein Moment stehe, das den herkömmlichen Führern der nationalpolnischen Agitation, den aristokratischen und den literarischen Elementen, Verdacht einflöße. Nebenfalls schien es, scheint es vielmehr noch, geboten, diese polnischen Angelegenheiten besonders sorgsam zu betrachten und sich bei ihrer Beobachtung freizubehalten von der Annahme gewisser Schemata, die wir sonst gegenüber diesem Sondergebiet politisch-nationaler Zustände zu gebrauchen pflegen. Es ist für uns nun von großem Interesse, nachträglich bestätigt zu sehen, daß die von uns geäußerten Vermutungen ihre Grundlage in sehr realen Erscheinungen hatten, die uns freilich, als wir jene Vermutungen aussprachen, noch nicht bekannt waren. Am 23. Februar hat im Grand Orient zu Paris ein internationales Meeting stattgefunden, um über „die Revolution und die Gemisels in Polen“ zu debattieren. Die Versammlung, deren Redner fast ausschließlich Franzosen waren, schloß mit der Resolution: Die anwesenden Patrioten bezeugen den russischen und polnischen Revolutionären ihre tiefe Bewunderung und wünschen dem polnischen Proletariat, das gegen den Zarismus, von dem es doppelt bedrückt wird, in Revolte steht, Glück, indem sie heiße Wünsche für seine baldige Befreiung aussprechen.“

Über diese Versammlung hatte die „Nowoje Wremja“ berichtet, der jodann Professor Schiemann die hier auszugsweise wiedergegebenen Mitteilungen entnommen hat, um sie in der „Kreuzzeitung“ zu veröffentlichen. Man muß Schiemann zustimmen, wenn er bezweifelt, daß die Hauptrede, die in jener Versammlung Professor Sejanobos von der Sorbonne hielt, in Krakau, Polen und Warschau Beifall finden wird, trotz seiner Proteste gegen die Teilungen. Denn was er sagte, gipfelte in folgenden Sätzen: „Könnt Ihr auf eine fremde Regierung oder auf Europa rechnen? Nein. Die Regierungen stützen sich untereinander, es besteht eine geheime Solidarität unter ihnen; niemals, auf lange hinaus, werden unsere Regenten den Klagen eines Volkes gegen eine andere Regierung Gehör schenken: man nennt das „das Prinzip der Nichtintervention“. Ihr dürft also nur auf Euch selbst rechnen: Ihr müßt dafür sorgen, daß die letzten Spuren des Mittelalters schwinden, d. h. der Einfluß der Aristokratie und des katholischen Klerus muß beseitigt werden. Eine Aristokratie kann nicht mit einer monarchischen Regierung brechen, um aufrichtig zur Sozialdemokratie überzugehen, und ebenso müßt Ihr fürchten, daß Eure Priester mit Euren Aristokraten konspirieren.“ Mit anderen Worten: Dieser Professor gibt den bisherigen Führern der Polen, dem Adel und der Klerisei, Rat, schlagend, von denen man wahrhaftig nicht den Eindruck hat, daß sie von heute auf morgen werden besolgt werden. Es fällt den Herren von der Schlachta und der nationalpolnisch aufgepuckten katholischen Geistlichkeit nicht ein, zugunsten völkertümlicher oder gar sozialistisch beeinflusster Bewegungen abzuweichen. Daher denn wohl das Mißtrauen dieser Kreise gegen die Bewegung in Rußisch-Polen, von der es immer deutlicher sich herausstellt, daß sie sich nicht bloß gegen den russischen Druck, sondern auch gegen die Herrschaft von Aristokratie und Klerikalismus richtet. Andererseits freilich werden auch solche Kreise, die bisher den alten Führern zu folgen gewohnt waren, von der neuen Bewegung mit ergriffen. Eine Lemberger Nachricht vom 3. März bringt die sehr bedenkliche Mitteilung, daß jetzt „massenhaft der Übertritt von polnischen Bauern in Rußisch-Polen in das sozialistische Lager stattfindet.“ Der Grund sei, daß die Allpolen die Bauern ursprünglich für eine nationale Erhebung zu gewinnen gesucht, jetzt aber eine Schwärzung vollzogen hätten. Auch bemittelte Grundbesitzer seien zu den Sozialdemokraten übergegangen so daß damit die Bewegung einen neuen, für die Zukunft noch gefährlicheren Charakter annehmen könnte.

Der Krieg.

Die Bedeutung der europätkinischen Niederlage bei Mukden läßt sich auch heute noch nicht übersehen; bis gestern waren die Russen noch in Mukden, mehrten die von zwei Seiten, von Westen und Norden, erfolgende Umklammerung der Stadt erfolgreich ab und machten an der Westseite noch zahlreiche Gefangene. Wenn Oyama amtlich meldet, daß das Land westlich der Eisenbahn und südlich des Sunho in seinen Händen ist, so steht dies nicht nur im Widerspruch mit russischen, sondern auch mit seinen eigenen Angaben, denn er berichtet selbst, daß seine Truppen gestern noch etwa 10 Kilometer von Mukden entfernt standen und dort den Widerstand der Russen zu brechen trachteten, und er berichtet ferner, daß sich am Schaho östlich der Eisenbahn ein Zurückgehen des Feindes bemerkbar mache. Daraus geht doch hervor, daß zurzeit der Aufgabe der Depesche die Russen noch südlich von Sunho standen. Andererseits scheint es sicher zu sein, daß die Bahnlinie von Mukden nach Tieling, nördlich von Mukden, durch die Japaner zerstört ist. Was über weit ausgedehnte Bewegungen Nogis auf Tieling zu und über Abschneidung resp. Zurückdrängung russischer Hilfstruppen nördlich von Mukden berichtet wird, sind vorerst nur vage Gerüchte, obwohl ja anzunehmen ist, daß die Japaner sich bemühen werden, die Bahn nach Tieling völlig in ihre Hand zu bekommen. Nach russischen amtlichen Berichten vollzog resp. vollzieht sich der russische Rückzug „in Ordnung“ nach den besetzten Stellungen am Nordufer des Sunho. Ob europätkin hier wird standhalten können, wird von dem Verlauf der Ereignisse westlich und nördlich von Mukden abhängen. Dort ist der Kampf noch im Gange, aber er hat offenbar nur die Bedeutung, daß es von seinem endgültigen Ausgang abhängen wird, ob der Rückzug der Russen gelingt oder nicht. Heute früh eingegangene Meldungen eines englischen Blattes aus Tokio berichten von der Abschneidung des russischen Zentrums südlich des Sunho; die Nachricht macht sich schon dadurch verdächtig, daß sie eine abenteuerliche Zahl der angeblich abgeschrittenen Russen angiebt; diese sollen nämlich 200 000 Mann stark sein. Das ist selbstverständlich Unsinn, denn die ganze russische Armee wird nicht viel mehr als 300 000 Mann stark gewesen sein.

Nach der neuesten Niederlage europätkin's tauchen wieder Gerüchte von seiner Überberufung auf, und es ist in der Tat nicht unwahrscheinlich, daß ein Wechsel in der Leitung der russischen Armee bald eintreten dürfte. An Frieden denkt man wohl in Rußland heute ebenso wenig wie früher.

Die heute vorliegenden Meldungen besagen:

Russische Berichte.

Petersburg, 9. März. Europätkin meldet vom 8. d. M.: Auf dem rechten Ufer des Sunho richtet der Feind seine Offensive gegen Mukden von Nordwest und teilweise von Norden; Zentrum und linke Flanke unserer Armeen gehen ohne Kampf in die verständigsten Stellungen auf dem rechten Ufer des Sunho zurück. Der Feind griff heute in der Nordfront an, wobei er ein kleines Vorpostendetachment von dem Dorfe Nadiasa bis auf zwei West nördwestlich vom Dorfe Kaentun zurückwarf. Der Befehlshaber dieser Abteilung, der Oberst im Generalstab, Ritter des Georgskreuzes, Sapolski, der sich durch seine Tapferkeit auszeichnete, wurde hierbei getötet. Die Angriffe des Feindes auf unsere Stellungen nördlich von Mukden wurden mit großen Verlusten für die Japaner abgeschlagen. Auf der Westfront griff der Feind unsere Stellungen bei dem Dorfe Kusitun an, wurde aber auch hier zurückgeschlagen. Bei einem Gegenangriff machten unsere Truppen eine große Zahl Gefangener. Auf allen übrigen Stellungen war während des Tages kein Kampf.

Ein Telegramm Sacharows an den Generalstab vom heutigen Tage meldet: Auf der Nordfront machte der Feind mehrere heftige Angriffe während der Nacht, die aber abgewiesen wurden; auf den übrigen Stellungen herrschte in der vergangenen Nacht Ruhe.

Mukden, 9. März, nachts 2 1/2 Uhr. (Petersburger Telegraphenagentur.) Gestern griffen die Japaner unsere Stellungen nördlich von Mukden an. Bei der Ortschaft Nadiasa, nordwestlich von den Kaisergräbern, findet ein hartnäckiger Kampf statt. Unsere Vorhut verließ das Dorf. Während der Nacht griffen die Japaner die Ortschaft Santaitse nördlich von den Kaisergräbern an. Der Kampf dauert fort. Auf der Südfront erreichte die Vorhut der Japaner Gnantshan. Gegenwärtig hört man eine heftige Kanonade.

Japanische Berichte.

Tokio, 9. März. Amtliche Mitteilung. Um die Heiligkeit der Städte zu ehren, aus der die Kaiserliche Dynastie Chinas entsprossen ist, und um Frieden und Ruhe der chinesischen Einwohner Mukdens aufrecht zu erhalten, hat Marschall Oyama, als er am 8. März den Befehl zur Aufnahme der allgemeinen Verfolgung gegeben hat, seinen Truppen aufs strengste verboten, innerhalb der Umwallung der Stadt Quartier zu nehmen.

London, 9. März. Der Korrespondent des Reuterschen Bureau bei der Armee des Generals Du meldet von gestern: Die linke japanische Armee hat die Eisenbahn zwischen Mukden und Tieling abgeschnitten und zerstört. Einzelheiten waren nicht zu erhalten. Die Russen zogen sich auf den nördlichen Straßen zurück. Die linke Kolonne der genannten Armee hatte bei Sikampu, 7 Meilen nördlich vom Sunho und 5 Meilen westlich von der Eisenbahn ein heftiges Gefecht mit einer dreifach stärkeren Anzahl des Feindes. Die Verluste der Russen betragen 10 000 Mann. Das Zentrum der Russen zieht sich in großer Verwirrung zurück.

Tokio, 9. März. (Neuter.) Das japanische Hauptquartier auf dem mandchurischen Kriegsschauplatz berichtet unter dem heutigen Datum folgendes: In der Richtung auf Tieling verfolgen unsere Truppen, die die Russen bei Matshuntan geschlagen haben, die Feinde weiter. Am Schaho, östlich von der Eisenbahn, macht sich das Zurückgehen des Feindes bemerkbar. Unsere ganze Linie eröffnete am 7. d. M. um Mitternacht den allgemeinen Angriff, drängte den Feind aus seinen Stellungen und verfolgte ihn jetzt in der Richtung auf den Sunho. Der ganze Bezirk westlich der Eisenbahn und südlich des Sunho ist in unseren Händen. Bei den Operationen auf dem rechten Ufer des Sunho in der Nähe von Nangshihun und Situaupu leistet der Feind weiter Widerstand. Er machte mehrere Gegenangriffe, die wir jedoch, unter schweren Verlusten für die Russen, abgewiesen haben. Unsere Truppen drängen jetzt die Russen nach Mukden zu. Im Norden von Mukden besetzten wir trotz hartnäckigen Widerstandes des Feindes Siaochitun, 5 Meilen nordwestlich von Mukden, und Pachiasu, zwei Meilen nordöstlich von Siaochitun sowie Santaitse, fünf Meilen nördlich von Mukden. Unser Truppen zerstörten die Eisenbahn im Norden von Mukden. — Eine zweite Depesche besagt: Seit gestern feuert die feindliche Artillerie häufig auf unsere Toten und Verwundeten, welche auf Traqabahren und Fuhrwerken nach einem Punkte westlich von Nungkuanan bei Jangshihun gebracht werden.

London, 10. März. (Telegramm.) Das Reutersbureau meldet aus Rußschwang vom 9. d. Mts.: Nogi setzt den Vormarsch in Eilmärschen fort und operiert in Verbindung mit Duxs linkem Flügel. Es heißt, er habe eine große russische Streitmacht bei Tieling umgangen und die russischen Hilfstruppen abgeschnitten, die sich eiligst nach dem russischen Hauptquartier begeben sollten. Nogi soll ferner eine andere russische Division umgangen und angegriffen haben.

London, 10. März. (Telegramm.) „Daily Telegraph“ meldet aus Tokio von gestern: Gerüchteleise verlautete hier, daß das russische Zentrum abgeschnitten sei; später wurde das Gerücht durch eine Depesche bestätigt, nach welcher 200 000 Russen abgeschnitten sind.

Wie der „Berl Lokal-Anz.“ aus Paris meldet, verlor Oka in den Gefechten seit dem letzten Sonnabend 15 000 Mann, die anderen japanischen Armeen in demselben Zeitraum über 20 000. Gestern (Mittwoch) konnte nur eine verhältnismäßig geringe Anzahl von Leichen auf dem Schlachtfeld befestigt werden. Unter 8000 russischen Leichen waren etwa 200 Offiziere.

Tokio, 9. März. Obgleich der wirkliche Umfang des Erfolges bei Mukden noch unbekannt ist, feiert die Bevölkerung in Tokio bereits den Sieg. Überall in der Stadt wird gefeiert. Die Menge in den Straßen läuft eifrig die von den Zeitungen herausgegebenen Ertrablätter. Im Kriegsministerium und im Generalstab laufen zahlreiche Glückwünsche ein. Es geht das Gerücht, Europätkin, dessen Rückzug teilweise abgeschnitten, habe zahlreiche Verluste an Gefangenen gehabt; eine amtliche Bestätigung dafür liegt aber noch nicht vor.

Sonstige Meldungen.

London, 9. März. Dem Reuterschen Bureau wird aus Rußschwang von heute gemeldet: Die Japaner fordern die Beförderung von 450 Tonnen Reis nach Simming und drohen, wenn dieser Forderung nicht stattgegeben wird, die Eisenbahn zu

befehlagnahmen. Man glaubt hier, daß es sich um eine Probe handelt, weil die ständige Beförderung von Weizen und Kohlen für die Russen nicht behindert wird, die Japaner aber unparteiische Behandlung verlangen. Heute haben die Japaner wieder das Telegraphenamt von Simming besetzt.

Nach einer privaten Meldung des „Temps“ soll die russische Flotte die Gewässer von Madagaskar verlassen haben und nach Dschibuti, dem französischen Hafen am Roten Meer, zurückgegangen sein. Was diese Fahrt zu bedeuten hat, müssen die nächsten Tage lehren. In Verbindung mit anderen Meldungen wird der Schluß nahegelegt, daß Rußland vorläufig auf einen Kampf um Seegehung in fernem Osten verzichtet. Möglicherweise steht aber der Ausbruch der Flotte mit folgender Meldung in Zusammenhang:

Paris, 9. März. Der sozialistische Deputierte de Pressensé hat dem Minister des Auswärtigen Delcassé mitgeteilt, daß er an ihm am 16. März gelegentlich der Wiedereröffnung der Deputiertenkammer, die sich gestern nach Erledigung des Budgets bis dahin vertagt hat, eine Anfrage über das lange Verbleiben der Baltischen Flotte Rußlands in den Gewässern von Madagaskar richten werde. In dem hierauf bezüglichen Schreiben des Deputierten an den Minister heißt es u. a., die andauernden Berichte über den langen und fast endlosen Aufenthalt des russischen Geschwaders in den Gewässern von Madagaskar beunruhigen lebhaft alle Freunde des Friedens in Frankreich. Es sei notwendig, daß Frankreich die Verpflichtungen der Neutralität dem Geiste wie dem Buchstaben nach respektiere und durch seine Haltung auch diesen Eindruck hervorrufe. Frankreich dürfe sich nicht beschämen oder der Gefahr einer Flottenaktion in seinen Gewässern aussetzen, gegen die es einen gerechten Einspruch nicht würde erheben können. Pressensé bemerkt schließlich in seinem Schreiben, er wolle dem Minister Gelegenheit geben, die allgemeine Beunruhigung zu zerstreuen.

Tokio, 9. März. Japan hat sich entschlossen, 2500 kampfunfähige verwundete Soldaten aus Port Arthur über Tschju nach Hause zu schicken.

London, 9. März. Der russische Botschafter Graf Wendendorff hat heute dem Staatssekretär des Auswärtigen Marquis von Lansdowne die Entschädigungssumme von 65 000 Pfund Sterling für die von dem Vorfall auf der Doggerbank betroffenen Fischer ausgehändigt.

Tokio, 10. März. (Telegramm.) [Berliner Lokal-Anz.] Die Japaner kaperten die britischen Dampfer „Venus“ und „Aphrodite“, die mit Kohlen nach Wladimirof unterwegs waren.

Politische Tageschau.

** Bromberg, 10. März.

Bei der Vereidigung der Marinerekruten in Wilhelmshaven hat der Kaiser nach den „Samb. Nachr.“ in einer längeren Ansprache an das Wort erinnert: Du sollst Vater und Mutter ehren. Der Vater sei der Landesfürst, die Mutter das Vaterland. Der Kaiser wies auf den Krieg in Italien hin und hob als leuchtendes Beispiel die Vaterlandsliebe und Soldatentreue der Japaner hervor.

Die Hochzeit des Kronprinzen ist nunmehr endgültig auf den 6. Juni in Aussicht genommen und wird an diesem Tage in Berlin stattfinden.

Die Budgetkommission im Reichstag hat die gesetzliche Festlegung der zweijährigen Dienstzeit angenommen. Es war daran von vornherein nicht zu zweifeln.

In der gestrigen Bundesratsitzung fanden die Entwürfe eines Lotteriegesezes und eines Vereinsgesetzes für Elsaß-Lothringen Annahme.

Die Gestaltung der Reichs-Erbchaftsteuer. Die Meldung, daß die von dem Reichsfinanzminister angekündigte Reichsfinanzreform als wesentlichen Teil eine Reichs-Erbchaftsteuer enthalten werde, ist von keiner Seite bestritten worden. Erstverüderweise wird auch die Tatsache einer solchen Steuer fast ohne Widerspruch entgegengenommen. Meinungsverschiedenheiten bestehen nur über die Gestaltung einer solchen Steuer. Es sind drei Wege möglich: erstens die in den meisten Einzelstaaten bestehenden Erbschaftsteuern werden aufgehoben und es wird eine allgemeine Erbschaftsteuer eingerichtet, zweitens die Steuer trifft die Erbschaftsmasse, drittens es werden solche Kategorien von Erbberechtigten, die bisher durch die einzelstaatliche Erbschaftsteuer nicht berührt wurden, von der Reichs-Erbchaftsteuer betroffen. Der erste Weg ist, rein äußerlich betrachtet, der einfachste, tatsächlich aber der komplizierteste. Denn

Es nahen abdam ja diejenige Einzelstaaten, die bisher eine Erbschaftsteuer erhoben haben — und dies sind alle bis auf zwei — vom Reiche für den Einnahmeausfall entschädigt werden. Dies gebe eine ähnlich umständliche Finanzrechnung, wie bei den Überweisungen und den Matrularanlagen. Eine Zusatzbesteuerung zu den bisherigen Erbschaftsteuern wäre, besonders, wenn nicht die einzelnen Erbberechtigten, sondern die Erbschaftsmasse besteuert werden soll, unter Umständen eine große Härte. Eine Besteuerung der Masse hätte den Nachteil, daß nicht Ausnahmen zugunsten einzelner Erben gemacht werden könnten. Solche durch das Gesetz zu treffenden Ausnahmen aber wären sehr wünschenswert, wenn die an sich sehr vernünftige Abicht, auch die bisher steuerfreien Erbberechtigten, wie die Deszendenten, Ascendenten und Ehegatten zu besteuern, durchgeführt werden soll. Eine solche Besteuerung ist darum recht und billig, weil insbesondere die Deszendenten sehr wohl für den Vorzug, durch den Zufall der Geburt in den Besitz von Mitteln zu kommen, an deren Erwerb sie keinen Anteil gehabt haben, an die Gemeinschaft einen bestimmten Prozentsatz abgeben können. Andererseits wäre es wohl gerechtfertigt, Steuerbefreiungen oder zum mindesten eine Verringerung der Erbschaftsteuer für solche Erben festzusetzen, die auf Grund körperlicher oder geistiger Mängel erwerbsunfähig und daher auf den Zinsertrag der Erbschaft angewiesen sind. Solche Individualisierung ist aber unmöglich, wenn nicht die Personen der Erben besteuert werden sollen, sondern wenn die Steuern die Erbschaftsmasse treffen würde. Deshalb erscheint uns der dritte Weg einer die einzelnen Personen treffenden Besteuerung solcher Kategorien von Erben, die von einer Erbschaftsteuer an den Heimatsstaat befreit sind, als der gangbarste.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht die Verhandlung über die Untersuchung der Beschwerden der Bergarbeiter auf der Zeche W o l f s b a n k und Neu-Wesel.

Ein dem Abgeordnetenhaus zugegangener Gesetzentwurf betreffend Schabloshaltung des herzoglichen Hauses, Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg bestimmt: Dem herzoglichen Hause wird Schabloshaltung gewährt bestehend aus dem Schloß zu Glücksburg nebst Zubehör und aus einer vom 1. April 1905 ab vierteljährlich voraus zu zahlenden Pensionsrente von 150 000 Mark.

Südwestafrika. Nach Meldung des Generals von Trotha vom 8. März überfiel Detachment Zwei (2. Kompagnie Regiment 1, 10. Kompagnie Regiment 2, und Halbatterie Stuhlmann) im Marsch von Gibeon nach dem Sudup am 1. März eine im oberen Reitubrebier und am 2. März eine in Sudup sitzende Bande von etwa 100 Witbois und Bafarads und sprengte sie auseinander. Feind verlor 6 Mann tot, diesseits keine Verluste. Eine Patrouille von 2 Mann, die von Gibeon Verbindung mit Detachment Zwei aufsuchen sollte, wurde am 3. März aus nächster Nähe von etwa 10 Sottentotten beschossen, ein Mann blieb tot, der andere, durch fünf Streifschüsse verwundet, erreichte, von Sottentotten verfolgt, am 5. März zu Fuß die Station Hanau, von wo er am gleichen Tage nach Gibeon weiterritt. Am 4. März wurde zwischen Swartfontein und Witkrans ein Wagentransport von Witbois überfallen, wobei unsererseits 11 Mann fielen, 3 Mann verwundet wurden. Die Verfolgung des nach Osten und Nordosten zurückgegangenen Feindes ist durch die 2. Kompagnie Regiment 2 aufgenommen worden.

Zur Lage in Rußland wird gemeldet:
Lodz, 9. März. Gestern abend feuerten zwei Unbekannte Revolvergeschosse auf zwei Schulleute ab, von denen einer getötet wurde. Vor der Fabrik Deschenmacher wurde gestern eine Bombe geworfen, die aber nur Fensterbeschäden zerrückte.

Jekaterinow, 8. März. In den Bergwerken von Schtscherbinowka und Auerbach im Kreise Bachmut wurde am Sonntag bzw. Montag die Arbeit eingestellt. Es kam zu Kollisionen von Bergwerkseigentum und Läden. Als den Arbeitern mit dem Gebrauch von Waffen gedroht wurde, warfen sie auf die Truppen mit Steinen und feuerten Revolvergeschosse ab. Durch die Gewehrablen, welche die Truppen infolge dessen auf die Ausständigen abgaben, wurde eine Anzahl von Arbeitern getötet bzw. verwundet. Mittlerweile ist die Ruhe wieder hergestellt und die Arbeit wieder aufgenommen worden. In den Werken der Dnieprgesellschaft in Kamensk und in der Patronenfabrik in Lugansk ist der Ausstand ebenfalls beendet. Auch in den Werken der neurossischen Gesellschaft in Zuzonka begann nach zweiwöchentlichem Ausstand die Arbeit wieder.

Deutschland.

München, 9. März. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ melden: Der Prinzregent hat aus Anlaß seiner 70jährigen Zugehörigkeit zum ersten Feldartillerieregiment neuerdings eine Stiftung für die Offiziere und Unteroffiziere gemacht und dadurch den Gesamtbetrag der dem Regiment zugewendeten Stiftungskapitalien auf 70 000 Mark erhöht. Ferner hat der Regent dem Verband der Prinzregent Wuitpold-Kanoniere zu Unterstützungszwecken 5000 Mark zugewendet. Morgen wird der Regent in der Residenz dem Prinzen Leopold von Bayern, der kürzlich zum General-Feldmarschall ernannt worden ist, in feierlicher Weise den Marschallstab überreichen.

Ausland.

Schweiz.

Bern, 9. März. Nach einer Meldung aus Sfelde erklärten die Arbeiter des Simplotunnels auf der Südseite und der Zufahrtslinie den Generalstreik.

Österreich.

Wien, 9. März. Abgeordnetenhaus. Zu Beginn der Sitzung beantwortet der Ministerpräsident Freiherr von Gautschi die Interpellation Schönerer und Genossen betreffend die Intervention der gemetnlichen Regierung in der Angelegenheit der Aufhebung des preussischen Finanzministers von Rheinbaben über die Ruthenenfrage in Ga-

lizien und führte aus, daß die gemeinsame Regierung durch den österreichisch-ungarischen Botschafter als zuständige Stelle in Berlin an maßgebender Stelle die erwähnte Äußerung zur Sprache gebracht habe. Die darüber erteilten Aufklärungen seien vollkommen befriedigend gewesen, wie denn auch die ganze Angelegenheit in äußerster freundschaftlicher Weise erledigt worden sei. Eine Mitteilung des Inhalts der Anfrage, sowie der Antwort, müsse er, der Minister, sich vorbehalten, da dies mit dem in solchen Fällen üblichen internationalen Brauche nicht in Einklang stehe.

Budapest, 9. März. Das Abgeordnetenhaus beschloß, seine Sitzung bis zur Bildung des neuen Kabinetts zu vertagen.

Frankreich.

Paris, 9. März. Der Matin berichtet aus Marokko, der Sultan habe dem französischen Gesandten in Tanger, der gegenwärtig in der Residenz Sez bei dem Sultan mit einer französischen Mission weilt, erklärt, daß er die meisten der vorgeschlagenen Reformen für möglich und sofort durchführbar halte, daß er aber, bevor er seine Zustimmung zu diesen gebe, mit seiner Regierung beraten müsse. Die Reformvorschlüge der französischen Regierung an den Sultan enthielten unter anderem einen Entwurf über die Sicherheit in allen marokkanischen Häfen und über den Bau einer Eisenbahn zwischen Tanger und Sez.

Rußland.

Petersburg, 8. März. Hier ist heute der russisch-bulgarische Handelsvertrag unterzeichnet worden.

Petersburg, 9. März. Bei der gestrigen Ankunft des Großherzogs und der Großherzogin von Hessen in Jaroslawo Selo fand am Bahnhof großer Empfang statt, zu dem sich der Kaiser und die Kaiserin, die Großfürstin und Großfürstinnen, sowie der deutsche Botschafter Graf von Abensleben mit Gemahlin und alle Damen und Herren der Botschaft eingefunden hatten.

Großbritannien.

London, 8. März. Unterhaus. In der Abend Sitzung, die sehr gut besucht war, bringt Winston Churchill (lib.) einen Beschlußantrag ein, in welchem erklärt wird, daß die dauernde Einheit des Reichs durch ein System von Vorzugszöllen, die auf einen Schutzoll auf Nahrungsmitteln beruhen, nicht gesichert werde. Austin Taylor (cons.) unterstützt den Antrag. Staatssekretär für die Kolonien Ashleyton erklärt, die Regierung sei der Ansicht, daß die Zeit gekommen sei, die Beratung über abstrakte Begriffe (spöttischer Beifall der Opposition) einzustellen und zu ermitteln, welche Vorschläge die Kolonien zu machen bereit wären. Die Regierung wolle mit den Kolonien zu einer freien, ungezwungenen Konferenz zusammentreten. Diese Konferenz solle im Jahre 1906 stattfinden. Die Resolution würde, wenn sie angenommen würde, die Konferenz hemmen. Die Resolution sei zweideutig und irrelevant, er beantrage daher, daß über sie nicht abgestimmt werde. (Beifall bei den Ministerialen und ironische Kundgebungen bei der Opposition.) Lord George Hamilton (cons.) erklärte, gegen die Regierung stimmen zu wollen. Chamberlain (Unionist) unterstützte die Regierung, wobei er erklärte, er halte eine Verprechung seiner Vorschläge im gegenwärtigen Parlament für verfrüht und von keinem praktischen Wert. Seine Pflicht sei es, das Land zu seiner Ansicht zu bekehren; die Haltung der Regierung sei völlig konsequent. Premierminister Balfour wiederholt die Erklärung, die er in Edinburgh gegeben hat, wo er gesagt habe, er würde nie die Verantwortung tragen für eine Schutzpolitik und die Absicht der Regierung angekündigt habe, hierzu eine freie Kolonialkonferenz einzuberufen. Er wäre nicht für Schutzoll, aber der Antrag Churchills wäre gerade entgegengesetzt dem Teil seiner Edinburgh Rede, die sich auf die Konferenz bezog. Diejenigen, die die Politik annehmen, die er in seiner Rede empfohlen, sollten die Regierung unterstützen. Der Weg, der von der Regierung angenommen wäre, sollte nur andeuten, daß der Antrag zu einer ungeeigneten Zeit und in einer für das Volk und das Reich ungeeigneten Weise eingebracht sei. — Der Vorschlag der Regierung, daß über den Antrag Churchill nicht abgestimmt werde, wird mit 302 gegen 260 Stimmen angenommen. Bei der Verkündung des Ergebnisses der Abstimmung brach auf der ministeriellen Seite großer Beifall aus, denn die Mehrheit der Regierung war größer, als man erwartet hatte.

London, 9. März. (Unterhaus.) Auf eine Anfrage erklärt Parlamentsuntersekretär des Äußern Percy, es sei nicht wünschenswert, weiteren Schriftwechsel über Madagdonien zu veröffentlichen, bis die wichtigen Verhandlungen, die jetzt in der Schwebe seien, zu einem erfolgreichen Abschluß gelangt seien.

Parlamentarische Nachrichten.

Die Budgetkommission des Reichstages legte gestern mit der Beratung des Gesetzentwurfs betr. Änderung der Wehrpflicht. Die gesamten einmaligen Ausgaben betragen 7 103 929 Mark, von denen für 1905: 600 331 Mark verlangt werden. Die gesamten fortdauernden Ausgaben belaufen sich auf 19 312 647 Mark; für 1905: 1 768 701 Mark. In Aussicht genommen sind Verbesserungen von Unteroffizierswohnungen und Exerzierplätzen. Abg. Dr. Südekum (Soz.) beantragt Aufhebung des einjährig-freiwilligen Dienstes. Der Antrag wird teils befürwortet, teils bekämpft, da eine plötzliche Aufhebung praktisch undurchführbar sei. Mehrere Redner halten angesichts der durch die Einführung der zweijährigen Dienstzeit herbeigeführten Überlastung des Unteroffizierspersonals eine Vermehrung desselben für dringend notwendig. Artikel 1 und 2 der Vorlage werden angenommen, der Antrag Südekum mit großer Mehrheit abgelehnt. Nächste Sitzung heute.

Die Wahlprüfungskommission des Reichstages stellte gestern den Bericht über die Wahl des Abg. Lehmann (3. Sachsen-Weimar, natl.), die sie für gültig zu erklären beantragt, fest und verhandelte sodann über die Wahl des Abg. Pauli-Ober-

Barnim (5 Potsdam, Rp.), ohne zu einem Beschluß zu kommen.

Die Handels- und Gewerbekommission des Abgeordnetenhauses erledigte gestern Petitionen. Eine solche betr. frühere Schulentlassung von Baptistenkindern wurde durch Übergang zur Tagesordnung erledigt; ebenso eine solche der Stadt Königsberg wegen Änderung der Ruhegehaltsklassen für Volksschullehrer. Eine Petition um Erhöhung des Einkommens der Seminarlehrerinnen und Anstellung von Oberlehrerinnen wurde zur Erwägung überwiesen.

Die Gemeindefraktion des Abgeordnetenhauses verhandelte gestern zunächst über eine Petition der Gemeinde Steglitz um Verleihung des Städterechts, wogegen sich der Minister ablehnend verhielt. Die Petition wurde schließlich der Regierung als Material überwiesen.

Generalversammlung des Bundes der Landwirte.

(Stromberg, 10. März.)

Der Bund der Landwirte für die Provinz Posen hatte seine Mitglieder und Freunde der Sache auf gestern nachmittag zu der im Wichertischen Festsaal stattfindenden Generalversammlung eingeladen, welcher Einladung in so reichem Maße entsprochen wurde, daß viele sich mit einem Stehplatz begnügen mußten. Namentlich waren auch Kleinbäuerliche Besitzer stark vertreten.

Die beiden Redner, Reichstagsabgeordneter Graf Reventlow und Dr. Köjcke vom Zentralvorstand des Bundes, wurden bei ihrem Eintritt in den Saal stürmisch begrüßt. Der Provinzialvorstand Major Endell eröffnete die Generalversammlung mit einer Ansprache, die in ein Kaiserhoch ausklang.

Nummer ergriff Reichstagsabgeordneter Graf Reventlow das Wort zu seiner Rede über das Thema „Ziele unserer Wirtschaftspolitik“. Redner drückte eingangs seine Freude darüber aus, daß die bisherige Oppositionsstellung, welche der Bund der Landwirte bisher der Regierung habe entgegenbringen müssen, nunmehr einem verständlicheren Tone habe Platz machen können. Allerdings könne keiner vom Bunde sich mit der Annahme dieser Handelsverträge ganz zufriedengeben (Beifall); sie seien nur zu betrachten als eine Vorstufe zu ferneren Entscheidungen, die der Bund durch seinen Einfluß herbeiführen müsse. Wenn man die heutige Situation richtig betrachten wolle, müsse man zurückblicken auf die Caprivische Zeit, wo das Wort gesprochen worden sei: „Schreibt 50 Prozent ab und ergeht Euch in das Schicksal, daß Deutschland kein Agrarstaat mehr sein kann, sondern in Zukunft lediglich exportierender Industriestaat sein muß!“ Gegenüber solchen Anschauungen habe der Bund rüchloslos vorgehen müssen, wenn er sich auch dabei Haß und Schmähungen zugezogen habe. Trotz mancher Schlagworte, wie Brothruher usw. sei es doch gelungen, das Parlament insoweit in agrarischem Sinne zu beeinflussen, daß die Handelsverträge, in denen doch immerhin eine Besserung erblickt werden müsse, zur Annahme gelangen konnten. Es habe zwar keinen Zweck, auf begangene Fehler zurückzugreifen, aber ein Fehler müsse hervorgehoben werden, nämlich der, daß der jetzige Reichstag es veräumt habe, den Termin des Inkrafttretens des neuen Zolltarifs festzusetzen. (Sehr richtig!) Die Mehrheit sei zusammengebrochen angesichts der Kunst, die der Reichskanzler in der Behandlung anderer Beispiele (Seiterzeit.) Er habe den Reichstag dermaßen „hypnotisiert“, daß dieser glaube, der Zeitpunkt des Inkrafttretens dürfe allein von der Regierung festgelegt werden. Der Reichstag habe so alle Trimpfe aus seiner Hand heraus in die des Reichskanzlers hineingegeben. Unter solchen Umständen habe man sich fragen müssen: „Bedeutet die jetzigen Zustände im Vergleich zu den früheren eine Besserung oder nicht?“ Man müsse freilich anerkennen, daß bei den verbündeten Regierungen und dem Grafen Botschowsky sowie dem Reichskanzler der ernste Wille vorgelegen habe, mit der Caprivischen Exportpolitik zu brechen und dieser eine gleichberechtigte agrarische Politik entgegenzusetzen; man habe daher die Regierung nicht noch kopfscheu machen dürfen. Der Bund gebe sich ja nicht der Hoffnung hin, daß die Erhöhung der Getreidezölle eine wesentliche Erhöhung der Einnahmen bringen werde; man habe ja nur den Zoll erreicht, den man anfangs der 90er Jahre gehabt habe. Nächste der Frage der Getreidezölle sei die der Viehzölle die wesentlichste gewesen, und auf diesem Gebiet liege entschieden ein Fortschritt vor, schon darin, daß an Stelle des mechanischen Stückzolls ein Wertzoll und Gewichtszoll getreten sei. Viele Bedenken lägen auch vor auf dem Gebiete des Gerstenzolls, der Einfuhrzölle und der Frachtpolitik. Allein trotz alledem habe man sich mit dem Erreichbaren begnügen müssen. Die Hauptfrage für den Bund sei, daß er nunmehr seine Oppositionsstellung der Regierung gegenüber wesentlich ändern könne und es gebe für den Bund kein besseres Ziel, als auf den Tag hinzuwirken, wo der Reichskanzler im Verein mit dem Bunde der Dörfer „an den Krügen gehe“. Trotz allem aber werde der Bund niemals den Fehler begehen, der Regierung blindlings zu folgen. (Bravo!) Das Schwert stecke mir in der Scheide. Jetzt erst recht aber habe der Bund die Pflicht, neue Mitglieder und Anhänger zu werben. Nicht einem Kampfe im Interesse einseitiger Standes- oder Klassenpolitik gelte das Werk, sondern dem Kampfe um die Entscheidung, ob ein auf gesunder wirtschaftlicher Grundlage bestehendes Deutsches Reich noch erhalten bleiben könne! (Lebhafte, stürmische Beifall.)

Sierauf ergriff Dr. Köjcke das Wort zu seiner Rede über „Die neuen Handelsverträge“. Die Ausführungen, die zum großen Teil auf eine Agitation für den Bund der Landwirte hinausliefen, seien hier nur in Kürze wiedergegeben.

Anknüpfend an die Ausführungen des Vordredners über das Erreichbare bei den Handelsverträgen führte Redner aus, es werde dem Bunde so oft vorgeurteilt, daß er sich nicht auf das Erreichbare beschränke; dieser Begriff sei aber leider dermaßen dehnbar, daß man dem Bunde schon selbst die Bestimmung des Erreichbaren überlassen müsse.

Auch er lege hauptsächlich Wert darauf, daß mit der Caprivischen Politik nunmehr gebrochen sei. Graf Bülow sei ein geschickter Politiker, der die Situation zu seinen Gunsten auszunutzen verstehe; ihm gegenüber bedürfe es eines starken Charakters, um nicht von seiner Überzeugung abzuweichen und nachzugeben. Für den Bund sei es eine große Genugung, daß er die richtige Stellung bei den Handelsverträgen eingenommen habe; wenn er dabei von Parteien, auf deren Unterstützung er habe rechnen dürfen, im Stiche gelassen worden sei, so sei dies nicht an ihm gelegen. Vergleiche man den heutigen Stand der Wirtschaftspolitik mit dem früheren, so ergebe sich, daß man etwa auf demselben Punkt stehe, wie vor dem Antritt der Ura Caprivi. In diesen Jahren habe der Bund zwar manchmal Haare lassen müssen, aber er habe doch die Politik wieder zurückgebracht zu den alten preussischen Traditionen, welche die Grundlage eines gesunden preussischen Staatslebens seien. Der Bund müsse der getreue Eckhardt sein, der dafür Sorge, daß nunmehr auch die Bahnen weiter eingehalten würden. Heute sei im deutschen Reiche so ziemlich niemand mehr, der die Caprivische Politik zurückwünsche. Aber mit dem Status quo dürfe man sich nicht zufrieden geben; eine Hauptaufgabe bleibe noch die rationelle Entschuldung des Grundbesitzes. Unsinzig seien die bestehenden Vorwürfe, wie Verteuerung der Fleisch- und Getreidepreise. Weizen und Roggen seien doch jetzt gerade in der Provinz Posen zu billig, worüber so häufig Klage geführt werde! Was habe denn der Landwirt mehr, als ein auskömmliches Einkommen! Noch immer würden Stimmen laut, als ob der Bauer nicht üppig genug leben könne! Nicht beim Bauern herrsche der Luxus, sondern in anderen Kreisen, welche die Gewinne aus dem Landwirtschaftlichen Export zögen, beim Großkapital. Ihm und dem Proletariat müsse der Hauptkampf gelten und wenn die Regierung dabei vorangehe, so werde sie den Bund stets auf ihrer Seite finden. Mit der Hoffnung, daß der Bund allezeit mit der Regierung zusammengehen könne, schloß Redner seine mit lebhaftem Beifall aufgenommene Rede.

Major Endell brachte darauf ein Hoch auf die beiden Redner aus. Eine Diskussion fand nicht statt.

Graf Reventlow brachte ein Hoch aus auf den Bund der Landwirte, während ein weiteres Hoch dem Major Endell sein Hoch wehte. Dieser schloß die Versammlung mit einem Hoch auf „die Männer an der Spitze“, Freiherrn von Wangenheim, Dr. Gahn und Dr. Köjcke.

Kunst und Wissenschaft.

Das Vorbild der Ritterturniere. Graf Nithard, ein Enkel Karls des Großen, hat uns eine Schilderung eigenartiger kriegerischer Kurzweil hinterlassen, in welcher ein ältestes, geschichtlich beglaubigtes Vorbild der späteren Ritterturniere zu erblicken sein dürfte. Nithard erzählt, wie beiden Völkern hätten sich nach Worms begeben und zwischen dieser Stadt und Mainz mit ihren Gefolgschaften ein gemeinsames Lager bezogen. Dort stellten die zwei mächtigen Herren oft Kampfspiele an, der Reibesübung wegen, die unser Gewährsmann als Augenzeuge so beschreibt: „Auf einem eigens hierzu erbauten und hergerichteten Platz kamen sie zusammen, und während rings das Volk sich scharte, stritzten sich zuerst von beiden Seiten gleich starke Scharen von Sachsen, Wassen, Aufrastern und Britonen wie zum Kampf im schnellen Laufe aufeinander. Darauf wendeten die einen ihre Rosse und suchten, mit den Schildern sich deckend, vor dem Angriff der Gegner durch die Flucht zu retten, während diese die Fliehenden verfolgten. Zuletzt stürmten beide Könige, umgeben von der ganzen jungen Mannschaft, in gestrecktem Lauf die Lanzen schwingend, gegeneinander und bald von dieser bald von jener Seite zur Flucht sich wendend, ahmt man den wechselnden Gang der Schlacht nach.“ (Aus dem gegenwärtig erscheinenden Werke „Germania“, Zwei Jahrgänge deutscher Lebens. Kulturgeschichte, geschäftelt von S o h s e r r. Sechste neu bearbeitete, mit ca. 300 Abbildungen und 50 Extrafaltblättern versehene Auflage. 50 Lieferungen zu je 30 Pf. Stuttgart, Union Deutsche Verlagsgesellschaft.)

Bunte Chronik.

Berlin, 10. März. (Telegramm.) Das „Berl. Tagebl.“ meldet aus Regensburg: In den Magazinen der Staatsbahnenzentralverwaltungen sind große Unterschleife aufgedeckt worden, die auf Jahre zurückreichen. Der Wert der unterschlagenen Gegenstände soll bedeutend sein.

Ein Selbstmörder am Telefon. Aus New York wird berichtet: Unter höchst dramatischen Umständen beging Mr. D. R. Saunders, ein hoher Beamter der Standard „Oil Company“ in Owingsville, Kentucky, Selbstmord. Er rief seine Wirtin ans Telefon und teilte ihr mit, daß er jochen Morphium genommen hätte, um sich das Leben zu nehmen. Sie rief erschreckt, sie wolle schnell einen Arzt rufen; er antwortete ihr aber, daß er das vorausgesehen und daher gewartet hätte, bis ärztliche Hilfe zu spät käme. „Ich kann vor Schwäche nicht mehr stehen; leben Sie wohl!“ Die Frau hörte, wie der Hörer seinen Händen entglitt; dann herrschte Schweigen. Gleich darauf kamen die Ärzte, aber Saunders war bereits bewusstlos und starb fast unmittelbar darauf.

Einen falschen Patienten operiert hat, wie aus New York berichtet wird, ein Arzt in dem dortigen poliklinischen Hospital. Vor einem Auditorium von Studenten wurde eine Frau in das Operationszimmer gebracht. Der Arzt machte einen Einschnitt und erklärte dabei, welchen Befund er erwartete. Möglicherweise hielt er inne und sagte, hier läge augenscheinlich ein Stratum vor, da er keine Spuren der vermuteten Krankheit finden konnte. Die Wunde wurde sofort wieder zugenäht und die Patientin in den Krankenfaal zurückgetragen. Die Frau, an der fälschlich die Operation vorgenommen werden sollte, hat glücklicherweise durch den Einschnitt keinen dauernden Schaden erlitten.

Recklinghausen, 9. März. Auf Schwacht 1 der Zeche Augusta Victoria sind heute früh 4 Mann mit einem Keil der Mauerbrüche abgestürzt. Zwei von ihnen sind tot, die beiden anderen leicht verletzt.

Aus Stadt und Land.

Bromberg, 10. März.

Der Posen Provinziallandtag beschloß in seiner geistigen Sitzung, dem Kaiserpaar aus Anlaß der silbernen Hochzeit der Majestäten ein Kapital von 100 000 Mark zur Gründung einer Wohltätigkeitsanstalt in der Provinz Posen zur Verfügung zu stellen. Ferner wurde, wie schon gestern unter Drahtnachrichten mitgeteilt, der hiesigen Handwerkskammer zur Deckung des Fehlbetrags der Handwerksausstellung eine Beihilfe von 5000 Mark bewilligt.

Deutsche Gesellschaft für Kunst und Wissenschaft. Wie bereits mitgeteilt, ist Professor Dr. Eduard Heyd-Berlin für einen Vortrag am 16. März gewonnen worden. Der berühmte Gelehrte gilt zur Zeit als einer der hervorragendsten und geistvollsten Redner Deutschlands; bei vielen großen Feiern von nationaler Bedeutung, so bei der Enthüllung des Bismarckdenkmals bei Eisenach, beim zehnjährigen Stiftungsfest des Ostmarkenvereins in Posen war Heyd der berufene Festredner und hat stets das zündende, dem Hörer zu Herzen gehende Wort gefunden. Doch nicht nur als warmer, herzlicher, für sein Volkstum begeisterter Patriot ist Heyd hervorgetreten; auch in die Eigenart fremder Völker ist er mit feinstem Verständnis eingedrungen: gilt er doch als einer der besten Kenner der italienischen Renaissance, namentlich nach ihrer kulturhistorischen Seite hin. Es ist dies sein eigenes wissenschaftliches Arbeitsgebiet, dem er auch das Thema für seinen Vortrag am 16. d. M.: „Die Frauen der Renaissance“ entnommen hat. Wie wir erfahren, wird zur Vermeidung lästiger Überfüllung des Saales nur eine bestimmte Anzahl von Eintrittskarten ausgegeben werden; es dürfte also den Mitgliedern zu empfehlen sein, sich rechtzeitig damit zu versehen. (Näheres siehe Anzeige.)

Kunstaussstellung. Mit Rücksicht auf den Schulbetrieb in der Turnhalle in der Schulstraße ist es erforderlich geworden, die Ausstellung etwas früher zu legen und den 9. April als Eröffnungstag festzusetzen. Sie soll den ganzen April bis Sonntag nach Ostern geöffnet sein. Ihre Aufgabe ist, einen Überblick über das gesamte Berliner Kunstschaffen der Gegenwart zu geben und dazu die namhaftesten Berliner Maler und Bildhauer zu einer geschlossenen Gruppe zu vereinigen. Es ist ferner die erfreuliche Aussicht vorhanden, daß von berufener Feder ein Führer durch die Ausstellung verfaßt werden wird.

Erhöhung der Jubiläumsgeschenke. Der Kaiser hat bestimmt, daß das gelegentlich des 50-jährigen Jubiläums von bedürftigen und würdigen Ehepaaren für Rechnung des Allerhöchsten Dispositionsfonds zahlbare Gnadengeschenke von regelmäßig 30 Mark für alle Jubelhochzeiten, deren Jahrestag auf den 1. April 1905 oder später fällt, auf durchweg 50 Mark erhöht wird.

Verschmelzung zweier Banken. In einer in Berlin abgehaltenen Konferenz zwischen Vertretern der Ostdeutschen Bank in Königsberg und der Ostbank für Handel und Gewerbe in Posen wurden, der „P.“ zufolge, zwischen den beiderseitigen Delegierten die Bedingungen vereinbart, die den Ausschüssen beider Banken zur Beschlussfassung vorgelegt werden sollen.

Erone a. Br., 9. März. (Berunglückt. Feuer. Markt.) Ein recht bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich Dienstag auf dem Gute Blumowiese. Beim Schüttern mit der Drehschneidmaschine geriet Gutsbesitzer Bruno Pöschel so unglücklich mit einer Hand in das Getriebe der Maschine, daß der Arm buchstäblich abgerissen wurde. Nach einigen Stunden war Herr P. eine Leiche. — Weiter nach brannte bei dem Gutsbesitzer Wisniewski in Abbau Groß-Ronsk ein Stallgebäude nieder. — Auf dem heutigen Viehmarkt waren etwa 100 Stück Vieh aufgetrieben; für Milchfüße wurden 270 bis 300 Mk. bezahlt. Pferde waren nur etwa 60 vorhanden und erzielten hohe Preise.

is. Vartshin, 9. März. (Ertrunken. Feuer. Schiffahrt.) Der Einwohner F. zu B. setzte sich, nachdem er sich in Dorfkrüge durch einen kräftigen Trunk gestärkt hatte, vorgestern in später Abendstunde in einen Kahn und fuhr auf den See hinaus, um zu fischen. Dabei stürzte er in das Wasser, verfang sich in den ausgelegten Neusen und ertrank. Er hinterläßt eine Witwe mit sieben ummündigen Kindern. — Heute nacht wurden die Bewohner der Stadt in der zweiten Morgenstunde durch Feuerlärm erschreckt. Zwei Wohnhäuser, den Hausbesitzern Zebrowski und Zymancki gehörig, sind mit einzelnen Nebengebäuden niedergebrannt. Diese Häuser waren nur von Handwerkern bewohnt und so erleiden diese und zahlreiche Kunden ganz erheblichen Schaden. Über die Entstehungsurache des Feuers ist nichts bekannt. — Sechzehn Schiffer hielten mit ihren Kähnen hier auf der Nege Winterstand und haben zum größten Teil für hiesige Kaufleute Getreide geladen. Die Mehrzahl derselben ist bereits gestern abgefahren. Der Sturker See, über den sie müssen, ist noch stark mit Eis bedeckt. Um die Weiterfahrt zu ermöglichen, haben die Schiffer in gemeinsamer Arbeit das Eis aufgehauen und die Kähne durchgeeilt.

Friedheim, 9. März. (Pflasterung. Hausbau.) Heute waren in hiesiger Stadt Herr Landesbauinspektor Pollas aus Kafel und Herr Landmesser Jansa aus Bromberg anwesend, um die zu pflasternde Kadawoerstraße zu besichtigen und das Projekt auszuarbeiten. — Der Verkehr der hiesigen Stadt würde sich bedeutend mehr heben, wenn die Chauffeeverbindung von Friedheim nach Kolmar hergestellt würde. Die städtischen

Behörden beabsichtigen, um diese Verbindung zu petitionieren.

Hohenjalka, 10. März. (Anfiedelungs- und Arbeiterfragen.) In einer früheren Sitzung des landwirtschaftlichen Vereins „Kujawien“ war der Antrag gestellt worden, bei der Anfiedelungskommission dahin vorstellig zu werden, daß auf den Anfiedelungsgütern möglichst viele Arbeiterstellen eingerichtet werden möchten. Eine Kommission, welche sich mit dieser Materie näher beschäftigt hat, erstattete in der gestrigen Sitzung Bericht und führte aus, daß in den alten Anfiedelungsdörfern genügend Arbeiter wohnen, wogegen es in neueren großen Anfiedelungen an Arbeitern fehle. Infolgedessen mußten polnische Arbeiter beschäftigt werden, was im Interesse des Deutschtums zu beklagen sei. Die Versammlung beschloß daher, die Landwirtschaftskammer zu bitten, bei der Anfiedelungskommission dahin vorstellig zu werden, in Zukunft mehr Arbeiterstellen einzurichten. Es wurde angeregt, anstatt der russisch-polnischen und galizischen Arbeiter ruthenische Arbeiter zu verwenden, da diese deutschfreundlicher gesinnt seien und als Orthodoxe mit den Polen wenig Gemeinschaft hätten. Einige Mitglieder, die schon in früheren Jahren Ruthenen beschäftigt haben, schilderten dieselben als anhängliche, nüchternen und fleißige Arbeiter, die allerdings erst an die hiesige Arbeitsweise gewöhnt werden müßten.

M. Schneidemühl, 9. März. (Städtische.) In der heutigen Sitzung der Stadtverordneten wurde zunächst über die Festsetzung der Steuerzuschläge für das Etatsjahr 1905/06 beraten. Der Etat balanziert in Einnahme und Ausgabe auf 667 900 Mk. An direkten Steuern sind 286 519 Mark aufzubringen, und zwar 15 400 Mk. Betriebssteuer, 49 000 Mk. Grund- und Gebäudesteuer und 220 519 Mk. Personalsteuer. Das steuerpflichtige Eigentum der Bürger ist auf 27 Millionen Mk. geschätzt. Die ursprünglich beabsichtigte Ermäßigung des Steuerfußes kann nicht voll eintreten, da in letzter Stunde bekannt geworden ist, daß sich die Kreiskommunalabgaben um 4000 Mk. auf 45 000 Mk. für Schneidemühl erhöhen. Es werden daher auf Vorschlag des Magistrats an Steuerzuschlägen erhoben werden 186 Prozent Betriebssteuer (Vorjahr 191 Prozent), 181 Prozent Personalsteuer (186 Prozent im Vorjahr) und 3,40 Prozent vom gemeinen Wert des Haus- und Grundbesitzes (3,60 Prozent im Vorjahr). — Im Laufe dieses Jahres soll hier selbst ein Zeichenkurs für sieben städtische Lehrer abgehalten werden. Die entstehenden Kosten von 540 Mk. werden bewilligt. — Das Ortsstatut für die Kommunalverwaltung wird dahin abgeändert, daß das Magistratskollegium künftig aus drei beabsolbten und sechs unbesoldeten Stadträten bestehen soll. Neu hinzu kommt ein besoldeter Stadtkarant. Derselbe erhält ein Anfangsgehalt von 5000 Mk. und 600 Mark Wohnungsgeldzuschuß.

H. Grin, 9. März. (Wahl.) An Stelle des verstorbenen Stadtverordneten Gastwirts Jakob Paprocki von hier ist heute mit Stimmenmehrheit als Stadtverordneter der Fleischermeister Joseph Kozmieszka hier selbst gewählt worden.

Tremessen, 9. März. (Ein Hausdieb) ist in dem Lehrling Valentin Romanowicz bei Kaufmann Poczynski heute auf der Post ermittelt worden. Er wollte im Vorraum Anstaltskarten und Sämereien an seinen Vater in Santomischel zu einem Paket verpacken und wurde bei dieser Arbeit von seinem früheren Lehrherrn ertappt. Es stellte sich heraus, daß der Bursche das Geschäft schon seit langem bestohlen, wahrscheinlich auch die von der Hausfrau vor Wochen verlorenen 500 Mark gefunden und unterschlagen hat. Der Junge ist verurteilt.

Janowitz, 9. März. (Schulbau.) Der Lopiener Schulvorstand hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, ein neues Schulgebäude mit vier Klassen und drei Lehrerwohnungen im nächsten Sommer zu errichten.

L. Posen, 9. März. (Die Warthe schiffahrt) ist in voriger Woche eröffnet worden. Der Dampfer „Kronprinz Wilhelm“ kam als erster mit mehreren beladenen Kähnen von Stettin hier an. Unterwegs von Stettin sind mehrere Schleppzüge nach Posen, ferner sind von Hamburg, Magdeburg und Berlin eine Reihe Kähne mit dem Bestimmungsorte Posen unterwegs, doch haben alle diese Fahrzeuge bisher die Warthe noch nicht erreicht. Eine Reihe beladener Kähne ist von hier abgegangen und zwar nach Stettin und Berlin. Es wurden von Posen hauptsächlich Mehl und Getreide verschifft. Der Wasserstand ist augenblicklich ziemlich hoch. Die Frachtpreise können als befriedigende bezeichnet werden.

Ke. Krotoschin, 9. März. (Kommunale Steuern.) In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung wurde der Stadthaushaltsetat pro 1905/06 auf 337 814,39 Mark festgesetzt. Es werden 150 Prozent der staatlichen Einkommensteuer und 160 Prozent der Grund-, Gebäude-, Gewerbe- und Betriebssteuer erhoben.

Schwek, 9. März. (Überflutet. Beamtenehnenhäuser.) Sowohl die Weichsel als auch der Schwärzwasserfluß, letzterer unmittelbar an der Stadt vorbeifließend, haben einen derartigen Wasserhochstand erreicht, daß er Acker und Wiesen ganze Strecken weit überflutet. Dazu herrscht keines Eisstreifen. — Zwecks Errichtung von Beamtenehnenhäusern hat die Bahnbauverwaltung einen dem Gastwirt Treys in Terespol gehörigen Bauplatz für den Preis von 1200 Mark erworben.

Gerichtssaal.

f. Bromberg, 10. März. Das Kriegsgericht der 4. Division verhandelte gestern wegen falscher Meldung und schweren Diebstahls gegen den Füßler Eduard Jandrey vom 34. Jüßlieregiment. Der Angeklagte war in den Jahren 1903 und

1904 Bursche für die Pferde bei dem Oberleutnant von Reichenbach. In dieser seiner Stellung soll er sich Verantrugungen und Diebstahle in vier Fällen schuldig gemacht haben. So soll er dem Dienstmädchen bei derselben Herrschaft ein Portemonnaie mit 50 Pf., ferner Ende Mai oder Anfangs Juni v. J. aus einer Schublade 50 Mark, sodann aus einer Toilette einen anderen namhaften Geldbetrag sich angeeignet haben. Ihm wird dann ferner noch zur Last gelegt, falsche Eintragungen in das Abrechnungs-Wirtschaftsbuch gemacht zu haben, indem er bei den Einfäufen von Futter die Preise höher notierte und dementsprechend zur Bezahlung mehr Geld dafür erhielt, als er tatsächlich zahlte. Die Diebstahle bestritt der Angeklagte, dagegen gibt er zu, falsche Eintragungen gemacht zu haben. Seinerseits sei dies deshalb geschehen, um für den erhaltenen Mehrbetrag mehr Futter für die Pferde zu kaufen und ihnen geben zu können. Bestimmte Beweise in bezug auf die vorerwähnten Diebstahle können nicht erbracht werden, trotz eines großen Zeugenapparates, der aufgeboten worden war, so daß der Anklagevertreter diesen Teil der Anklage fallen ließ. Das Kriegsgericht erkannte auf Freisprechung des Angeklagten bezüglich der Diebstahle und nur auf 14 Tage Mittelarrest wegen falscher Meldung — unrichtige Eintragungen im Wirtschaftsbuch. — Die Verhandlung währte von vormittags 9½ Uhr bis nachmittags nach 4 Uhr.

Sitzung der Stadtverordneten.

Bromberg, 9. März.

In der heutigen Sitzung der Körperschaft nahmen zeitweise 28 Stadtverordnete teil. Vom Magistrat waren erschienen Bürgermeister Wolff und die Stadträte Metzger, Reiche, Plasse und Düring. (Oberbürgermeister Knobloch war, wie Bürgermeister Wolff mitteilte, durch Teilnahme an den Sitzungen des Provinziallandtags am Erscheinen verhindert.) Vorsitzender Dr. Bocksch leitete die Sitzung.

Die geschäftliche Angelegenheiten nicht vorliegen, trat die Versammlung sofort in die Weiterberatung der städtischen Haushaltspläne ein.

Der Haushaltsplan der Städtischen Turnhalle für das Rechnungsjahr 1905, über den Stadtv. Jacobi referiert, weist folgende Abschlußziffern auf: Einnahme 11 Mk., Ausgabe 3446 Mk., erforderlicher Zuschuß demnach 3535 Mk. (Vorjähriger Zuschuß 2898 Mk.) Änderungen von Belang sind von der Etatskommission nicht beantragt; die Versammlung stimmt dem Entwurf des Magistrats einstimmig zu.

Etat des Städtischen Eichamts. Auch hier werden Änderungen gegen den aufgestellten Plan nicht vorgenommen. Der Abschluß weist eine Einnahme von 2105 Mk., eine Ausgabe von 1839 Mk. auf, so daß der Überschuß 266 Mk. beträgt gegen 233 Mk. im Vorjahre.

Etat des Städtischen Leihamts. Unter Ausgabe entfiel bei Titel: Sächliche Ausgaben, Miete für den Leihamtsvorsteher S. eine längere Diskussion. Der Magistrat hatte als Mietentschädigung für diesen Beamten 200 Mk. vorgeschlagen, während die Etatskommission die Summe auf 400 Mk. erhob, d. h. ihm freie Wohnung bewilligt wissen will, namentlich mit Rücksicht darauf, daß der Vorsteher gezwungen sei, im Leihamtsgebäude zu wohnen. Es stände ihm daher eine Dienstwohnung zu.

Stadtv. Waternam meint, daß dies gleichbedeutend mit einer Gehaltssteigerung sei und warnt davor, die einmal bestehende Gehaltsordnung zu durchbrechen.

Von verschiedenen Mitgliedern der Etatskommission wird demgegenüber geltend gemacht, daß der Vorsteher nicht besser gestellt sei als der zweite Beamte des Leihamts, was eine Unbilligkeit sei; ferner wird die Maßregel motiviert mit dem Hinweis auf die Verdienste und Tüchtigkeit des Vorstehers S., die hohe Verantwortung, die mit einem solchen Posten verknüpft sei und die große Familie des S.

Stadtv. Waternam betont des weiteren, daß die Versammlung gar nicht berechtigt sei, in solchem Falle die Initiative zu ergreifen; es stehe vielmehr dem Magistrat zu, eine bezügliche Vorlage zu machen. Das besondere Wohlwollen, welches das Leihamtskuratorium hier einem einzelnen Beamten gegenüber bezeugt, rühre vielmehr von dem freundschaftlichen Verkehr her, der sich naturgemäß zwischen jenen und dem Letzgenannten entwickelt habe.

Referent Stadtv. Jacobi betont demgegenüber entschieden, daß das Kuratorium lediglich befreit sei, seine Pflicht zu erfüllen und daß es sich in solchen Fällen nicht von irgend welchen Regungen oder Erwägungen gedachter Art beeinflussen lasse.

Die Stadtv. Jahnke und Cohnfeld äußern sich ebenfalls in ablehnendem Sinne. Letzterer meint, es sei weniger bedenklich, dem genannten Beamten einen Gehaltszuschuß zu bewilligen, als freie Wohnung, mit Rücksicht auf die Konsequenzen, die das nach sich ziehen könne.

Stadtv. Reiche weiß zwar nicht, ob der Magistrat dem Antrage der Etatskommission beitreten werde, ist jedoch für seine Person der Ansicht, daß eine Durchbrechung der Gehaltskala nicht vorliegen würde.

Der Antrag der Etatskommission — also Bewilligung von 400 Mk. Mietentschädigung an den Vorsteher — wird hierauf mit 14 gegen 12 Stimmen angenommen. — Im übrigen werden auch an diesem Etat nennenswerte Änderungen gegen den Anschlag des Magistrats nicht vorgenommen und derselbe im ganzen abgelehnt. Der Haushaltsplan balanziert in Einnahme und Ausgabe mit 14 981 Mk. gegen 14 710 Mk. im Vorjahre.

Es folgt der Etat des städtischen Gaswerks. Referent Stadtv. Beckert betont, daß der Abschluß

dieses Haushaltsplanes als äußerst günstig zu bezeichnen sei. Die Abschlußziffern lauten: Einnahme 748 594 Mark, Ausgabe 562 484, überschuß folglich: 186 110 Mark, gegen 171 212 Mk. Überschuß im Vorjahre, also diesmal 14 898 Mark mehr. Und zwar ergebe sich dieses beträchtliche Mehr trotz eines starken Einnahmeausfalls in Titel I Anfsatz 5: der Ertrag aus der Gaslieferung zum Motorenbetrieb des Wasserwerks sei nämlich gegen das Vorjahr um 20 000 Mark zurückgegangen — 7500 Mark jetzt gegen 27 500 im Etatsjahre 1904. Dem ständen an anderer Stelle erhebliche Mehreinnahmen resp. Minderausgaben entgegen, unter letzteren namentlich eine Ersparnis beim Ausgabeartikel Kohlen von 12 400 Mark infolge Serablegung der Preise laut Vertrag mit der Firma Wollheim-Berlin. Im übrigen sind folgende Veränderungen gegen das Vorjahr zu verzeichnen: Für 40 neu etablierte Abendflammen in Schneidhöhe kommt eine Einnahme von 1324 Mark neu in Anfsatz, für öffentliche Beleuchtung (1290 Abendflammen und 342 Nachtflammen ufm.) ein Mehr an Einnahme von 2145 Mark; Leuchtgas von Einzelabnehmern mehr: 6400 Mark, Koch- und Heizgas desgleichen mehr: 11 000 Mark, dagegen Einnahme aus Kohlenverkauf weniger gegen das Vorjahr: 11 880 Mark. — Im Jahre 1904 ist die städtische Straßenbeleuchtung wie folgt aufgebessert worden: Es sind neue Abendflammen bewilligt worden: In der Neuen Brabegasse eine Flamme, am Zuckersiederhof eine, Wollmarkt 8, Hempelsfeld 26, für den Monumentalbrunnen 2, Konrad- und Hohenzollernstraße 11, Wilhelmsbrücke 6, Werderstraße 1, im ganzen also 56 Flammen; Nachtflammen: zweite Schleiße, Holzhofstraße, Meichfelder Weg, Danzigerstraße, Neue Brabegasse je eine Flamme, Hempelsfeld 8, Konrad- und Hohenzollernstraße 3, im ganzen 16 Flammen. Für eine Reihe von der Versammlung noch nicht bewilligter Laternen wird an dieser Stelle die Zustimmung ausgesprochen. — Aus der Versammlung werden hierbei noch Wünsche geäußert betreffend Verbesserung der Beleuchtung in der Tal- und der Karlstraße.

Stadtv. Metzger sagt zu, daß er nach Möglichkeit auf Erfüllung dieser Wünsche Bedacht nehmen werde. — Die Einnahme aus Leerverkauf ist um 648 Mark gegen das Vorjahr niedriger angelegt worden, da der Preis pro 100 Kilogramm von 4,20 Mark im Vorjahre auf 4,05 Mark herabgesetzt ist. — Unter Ausgabe erklärt sich die Versammlung mit der Gehaltssteigerung von 3000 auf 4000 Mark für den Betriebsingenieur Wilck einverstanden. Für Hilfsarbeiter werden 2091 Mark mehr als im Vorjahre ausgeworfen; für eine außerordentliche Revision der Stadtbeleuchtung neu eingestellt 1200 Mark; für Anlage neuer Straßenlaternen waren im Vorjahre 13 495 Mark eingestellt, diesmal befreit sich der Titel auf nur 360 Mark, also 13 135 Mark Minderausgabe. Demgegenüber werden für Gasautomateneinrichtungen 6500 Mark mehr verlangt als 1904. — Der Etat wird hierauf im ganzen genehmigt.

Etat der Armenverwaltung, Referent Stadtv. Barnack. Unter Einnahme wird die Position Kostenerstattung für Armenpflege und Fürsorgeerziehung von auswärtigen Armenverbänden auf Antrag der Etatskommission von 15 000 Mark, die der Magistrat angelegt hatte, auf 16 000 Mark erhöht (Vorjahr 13 500 Mark). Unter Ausgabe erhöht sich der Haupttitel: Offene Armenpflege, dauernde monatliche Unterstüßungen an Erwachsene, von 67 500 Mark im Vorjahre auf 71 000 Mark, also mehr 3500 Mark. Für Verteilung von Kohlen werden 1000 Mark bewilligt gegen 500 Mark in 1904. Weitere Erhöhungen sind: An Armenpflegekosten-Erstattung für auswärtig unterstüßte Arme, welche hier ihren Unterstüßungswohnsitz haben, sind diesmal 7500 Mark eingestellt, gegen 7000 im Vorjahr; für die in Irrenanstalten untergebrachten armen Geisteskranken 8000 Mark (gegen 7300). Neu ist ferner eine Position: Milchbeschaffung für kranke Viehhinder 700 Mark. — Der Haushaltsplan der Armenverwaltung hat folgenden Abschluß: Einnahme 24 184 Mark, Ausgabe 133 393 Mark, jedoch die Armenfürsorge für das neue Etatsjahr einen Gesamtaufwand von 109 209 Mark von der Stadt erfordert wird, d. i. 2936 Mark mehr als im Jahre 1904. Die Genehmigung des Etats wird von der Versammlung ebenfalls ausgesprochen.

Etat der Städtischen Volksbibliothek, Referent Stadtv. Ziegelbach. Unter Einnahme ist die Position: Leihgebühren auf 800 Mark festgelegt, d. i. 200 Mark weniger als im Vorjahr; für Instandhaltung der Bücherbestände, Einbinden ufm. 100 Mark mehr, nämlich 550 Mark. Weitere Abweichungen sind nicht zu verzeichnen. Der Etat schließt ab: Einnahme 835 Mark, Ausgabe 2100 Mark, an Zuschuß erforderlich also 1265 Mark, gegen 940 Mark im Vorjahre. Der Etat wird genehmigt.

Die Tagesordnung war hiermit erledigt. Schluß der Sitzung gegen 6¼ Uhr.

Kindern schwächlichen, zurückgebliebenen,

deren Entwicklung und Ernährung den Eltern oft große Sorge bereitet, sollte man die Vorkosten der neuesten wissenschaftlichen Erfahrungen zuteil werden und sie eine Zeitlang Bioson trinken lassen. Mit diesem neuen, von Dr. med. W. Heim eingeführten Eiweiß-Eisen-Bioson-Präparat sind an bekannten Kinderkranken und von Kinderärzten umfassende Versuche angestellt worden, die zu den befriedigendsten Resultaten führten. Nach ganz kurzer Zeit hob sich der Appetit, das Ernährungsleben und das Körpergewicht, das blasse Aussehen verschwand und die bisher traurigen Kinder wurden fröhlich und munter. Erfolge wie hier bisher von keinem anderen Mittel in gleicher Weise erreicht wurden. Bioson ist in Apotheken und Drogeriehandlungen das halbe Kilo für drei Mark, das für 14 Tage ausreicht, erhältlich, oder wird sofort besorgt, jedoch die täglichen Auslagen sehr geringe, während der Erfolg ein sehr großer ist.

Deutscher Reichstag.

159. Sitzung vom 9. März, 1 Uhr.

Das Haus ist sehr schwach besetzt. Am Bundesratspräsidenten Graf Poldowski, Dr. Nieberding u. a.

Zunächst wird das Nachtragsübereinkommen zum österreichischen Handelsvertrag (Zustimmung 1. März 1906) in dritter Beratung definitiv ohne Debatte angenommen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs betreffend Änderung des § 113 des Gerichtsverfassungsgesetzes.

Das Haus berät den Etat des Reichsamts des Innern weiter. Abg. Schöpflein (Soz.) begründet den Antrag seiner Partei, die den allgemeinen Nachmittags- und Freigabe des Sonntags nachmittags, bei unterirdischer Arbeit mit einer Temperatur über 28 Grad Celsius einen Arbeitstag von 6 Stunden verlangt.

Abg. Müller-Sagan (freif. Vp.) behauptet gegenüber Graf Poldowski jüngsten Ausführungen, daß die Anstehungsgefahr durch Glasrohre in den Glashütten doch groß ist.

Abg. Kulerski (Pole) führt aus: Die Sozialpolitik muß mehr den Mittelstand, namentlich die Kleinbauern berücksichtigen. Besonders der kleine polnische Bauer ist das geplagteste Tier der Erde, er ist ein Sklave des Kapitals; er leidet in Preußen unter großem Steuerdruck und wird auch durch das Anstehungsgefahr gefährdet.

Abg. Schwarze-Rippstadt (Ztr.) befürwortet eine Resolution des Zentrums, welche eine Verordnung betreffend besserer Schutz der Bauarbeiter und Sicherung der Durchführung desselben durch Anstellung besonderer Aufsichtsberechtigten, insbesondere auch aus dem Arbeiterstande, verlangt.

Abg. Molkenbühr (Soz.) verlangt den sanitären Maximalarbeitstag für die gesamte Glasindustrie, da der Glasstaub in allen Glasbetrieben gleich gefährlich ist.

Abg. Jäger (Ztr.) befürwortet vermehrte Tätigkeit der Regierung auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge. Der neue preussische Wohnungsgesetzentwurf bedeute einen sozialen Fortschritt; er werde hoffentlich Gesetz werden und auf die anderen Bundesstaaten vorbildlich wirken.

Abg. Heine (Soz.) erklärt: Wir lehnen die Resolutionen des Zentrums und der Freisinnigen wegen des Schmiergelberumsens ab. Hingegen stimmen wir der Zentrumsresolution wegen der Privatbeamten zu.

Abg. Bimelburg (Soz.) befürwortet die Resolution der Sozialdemokraten, welche reichsgesetzliche Regelung des sanitären Schutzes und der Unfallversicherung im Baugewerbe verlangt; er sagt, die Bauarbeiter hätten vielfach noch unter sehr bösen Verhältnissen zu leiden. Morgen Weiterberatung. Schluß gegen 6 Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

157. Sitzung vom 9. März, 11 Uhr.

Am Ministerische v. Bude u. a. Die zweite Beratung des Eisenbahn-Etats wird fortgesetzt mit der weiteren Besprechung der Zugverbindungen.

Abg. Bachmann (nat.-lib.) beklagt sich über mangelhafte Zugverbindungen in Schleswig-Holstein.

Abg. Heckenroth (kons.) wünscht auf der Strecke Köln—Gießen einen neuen Schnellzug.

Abg. Lüdicke (freikons.) wünscht, daß in Spandau die Schnellzüge halten.

Abg. Hansmann (nat.-lib.) empfiehlt, die neuen Schnellzüge zwischen Berlin und Köln über Hildesheim—Gagen zu führen.

Abg. Dr. Lotzdins (nat.-lib.) erkennt es dankbar an, daß die Zugverbindungen auf der rechts- und linksrheinischen Staatsbahn jetzt verbessert seien. Zu wünschen wäre es aber, daß ein Schnellzug an der Station Braubach hielte, denn in der Nähe liege die herrliche Ruine der Marksburg. Der Fremdenverkehr würde durch diese Maßnahme dort wesentlich gehoben werden.

Abg. v. Brittnitz (kons.) empfiehlt, den Schnellzug Breslau—Ratibitz auch in Potsdam halten zu lassen.

Abg. Schröder (nat.-lib.) bittet eine Fahrplanänderung im Interesse von Rassel. Neue Zugverbindungen zwischen

Abg. Dr. Arendt (freikons.) für den Mansfelder Kreis.

Abg. Berndt (nat.-lib.) für Hamm, Abg. Dr. Wiemer (freif. Vp.) für den Harz, insbesondere für Nordhausen.

Abg. v. Heyking (kons.) für seinen Wahlkreis Pleß-Hybnitz.

Abg. Lornreau (Zentr.) für Heiligenstadt und ferner für Magdeburg, das eines zweiten Schnellzuges in der Verbindung mit Hamburg bedürfte.

Abg. Eichhoff (freif. Vp.) wünscht einen besseren Frischzug von Remscheid nach Köln und Düsseldorf.

Abg. Meißner (nat.-lib.) Züge vom Süden nach Flensburg und daß die D-Züge von Berlin über Flensburg hinaus gehen.

Weiter wünschende neue Verbindungen Abg. Wolgast (Hosp. d. freif. Vp.) für Kiel und Rendsburg—Süsum.

Abg. Franken (nat.-lib.) für Gelsenkirchen und das Emshertal.

Abg. Knie (Ztr.) tadelt es, daß das Ausland durch Sonderzüge zu sehr begünstigt wird.

Abg. Lüders (Gronau, freikons.) wünscht bessere Verbindungen zwischen Hildesheim und Sandersheim.

Abg. Stull (Ztr.) wünscht einen Schnellzug Biegenhals-Neiße-Breslau.

Abg. Gamp (freikons.) bittet, bei den geplanten neuen Schnellzugsverbindungen nach Danzig durch Einlegung von Anschlußzügen das platte Land zu berücksichtigen.

Abg. Reinhard (Ztr.) wünscht, daß die Schnellzüge in Minden und Welle (Hannover) halten.

Abg. von Schmuckmann (kons.) kritisiert es, daß, wenn statt eines bestellten Doppelwagens zwei einfache Wagen gestellt werden, seit 1893 der höhere Satz für die Einzelwagen in Anrechnung kommt.

Minister von Bude erwidert, daß er alle vorgebrachten Wünsche an der Hand des stenographischen Sitzungsberichts wohlwollend prüfen werde. Für neue Zuglinien würden ja nicht nur die 3 1/2 Millionen Einnahmen aus Platzkarten, sondern auch der Erlös aus den Bahnsteigkarten verwendet. Die Debatte über die Zugverbindungen ist damit beendet.

Es folgt die Beratung derjenigen Ausgabe-Kapitel, welche von den Verhältnissen der Eisenbahnbeamten und Arbeitern handeln.

Hierzu liegt vor ein Antrag Gerold (Ztr.) und Genossen: Die Staatsregierung zu eruchen: 1. den Beamten und Arbeitern der Staatsbahnen Zeit und Gelegenheit zum regelmäßigen Besuch des Gottesdienstes an Sonn- und Festtagen, mindestens aber an zwei Sonntagen im Monat zu geben, 2. für die Handwerker und Arbeiter in den Eisenbahnhaupt- und Nebenwerkstätten einen jährlichen Urlaub, steigend mit der Zahl der Arbeitsjahre, unter Fortbezug des Lohnes, einzuführen.

Ferner folgender Antrag Sfer (freif. Vp.) und Genossen: An die Staatsregierung das Ersuchen zu richten, dahin zu wirken, 1. daß im Eisenbahnbetriebe die auf die Nachtzeit entfallenden Dienststunden entsprechend höher angerechnet werden, als die im Tagesdienst geleisteten, 2. daß die auf den Nachtdienst folgende Ruhezeit ausreichend bemessen werde.

In Verbindung damit werden zwei von der Budgetkommission bereits besprochene Anträge beraten, nämlich: Der Antrag Schmidt-Warburg (Ztr.) und Genossen, auf das Befoldungsdienstalter der Eisenbahn-Bau-, Betriebs- und Maschineninspektoren die über fünf Jahre hinausgehende bürokratische Beschäftigung anzurechnen, sodann der Antrag Trimborn (Ztr.) und Genossen, in dem nächsten Etat eine Erhöhung des Gehalts der Eisenbahnbetriebssekretäre vorzunehmen.

Die Kommission beantragt, den Antrag Schmidt-Warburg der Regierung zur Erörterung zu überweisen und den Antrag Trimborn abzulehnen.

Abg. Schmidt-Warburg (Zentr.) empfiehlt die Annahme seines Antrages, der schon früher gestellt und von allen Parteien gut geheißen sei. Auch der jetzige Finanzrat Noelle habe als Abgeordneter dafür gesprochen. Die Regierung scheine zu fürchten, daß der Antrag Konsequenzen nach sich ziehe, aber viele Beamtenklassen, z. B. die Oberlehrer, hätten bereits die gleiche Vergünstigung. Die Techniker würden trotz gleicher Vorbildung erheblich schlechter bezahlt als die Juristen. So schlecht wie die technischen Beamten in der Eisenbahnverwaltung sei keine andere Beamtenkategorie gestellt.

Abg. Dr. Noelle: Obwohl der Gegenstand bereits öfter im Hause verhandelt ist, halte ich es doch für meine Pflicht, dem Vorredner sofort zu antworten. Allerdings nur sachlich, denn meine Stellung als Regierungskommissar legt mir diese Beschränkung auf. Gegen den Antrag spricht, daß wir an den Grundfragen, die wir für das Dienstalterssystem aufgestellt haben, festhalten müssen; wir können nicht die ganzen Grundzüge unseres Befoldungssystems über den Haufen werfen. Der Vorredner hat übrigens selbst zugestanden, daß für die Gegenwart sein Antrag im wesentlichen erledigt ist, er will ihn aber auf die Vergangenheit beziehen, indem er verlangt, daß bei sämtlichen höheren Baubeamten, die jetzt angestellt sind, eine Anrechnung auf der Basis vorgenommen wird, als wenn sie mit fünf Jahren zur Anstellung gelangt wären. Das müßte sich natürlich sowohl auf die Bauinspektoren wie auf die Vorstände und die Regierungsbauräte beziehen, und das wäre eine ganz ungewöhnliche Maßregel, um so ungewöhnlicher, als dadurch nicht etwa ein Ausgleich mit neu anzustellenden Beamten herbeigeführt, sondern nur den jetzt bereits angestellten Beamten eine höhere Dienstaltersstufe verschafft werden soll. Das wäre ein schmerzhafter Präzedenzfall, denn andere Beamtenkategorien würden dann ähnliche Ansprüche erheben. Der Antrag bedeutet einen sehr schweren Eingriff in unser ganzes Befoldungssystem, so daß ich kaum in Aussicht stellen zu können glaube, daß die Regierung ihm Folge gibt. (Beifall.)

Abg. v. Schmuckmann (kons.) ist mit der Einrichtung der neuen Bahnmeisterstellen einverstanden und bittet, während der Ertragszeit nur die allerwichtigsten Bahnarbeiten vornehmen zu lassen, damit sich die Bahnarbeiter in dieser Zeit der Landwirtschaft zuwenden können. Mit der Streichung des unehelichen Titels Oberassistent sei er einverstanden. Den Antrag Schmidt-Warburg müßten seine

Freunde ablehnen. Dem ersten Teil des Antrages Gerold ständen die Konservativen sehr sympathisch gegenüber; es sei dringend zu wünschen, daß auch die Angehörigen der Bahnverwaltung mit ihren Familien hinreichende Gelegenheit hätten, an Sonntagen dem Gottesdienste beizuwohnen. Das Petitionsrecht wollten seine Freunde den Beamten keineswegs verkümmern, wenn aber auf Grund der Ablehnung einer Petition der Budgetkommission gleich darauf in der Begründung einer neuen Petition Mangel an Gründlichkeit vorgeworfen und der Minister in herausfordernder Weise von den Beamten zur Rechenschaft gezogen werde, so sei das Petitionsunfug.

Abg. Brütt (freikons.) spricht der Bahnverwaltung seinen Dank für die Einrichtung einer Auskunftsstelle aus, die sich vorzüglich bewährt und im Publikum viele Zweifel geklärt habe. Auch im Auslande werde die Tätigkeit dieser Auskunftsstelle rühmend anerkannt.

Abg. Sfer (freif. Vp.) tritt seinem Antrage gemäß für eine höhere Bewertung des Nachtdienstes im Verhältnis zum Tagesdienste ein. Auf den Nachtdienst müßten stets längere Pausen folgen. Überhaupt müßte der Nachtdienst in einer Art ausgeübt werden, die Gefahren für die Gesundheit der Beamten ausschliesse.

Ein Regierungskommissar tritt dem Antrag Sfer entgegen. Der Nachtdienst sei so organisiert, daß er nicht überanstrengend wirke.

Abg. Busch (Ztr.) bittet, daß die Eisenbahnstationen, die Gelegenheit haben, an das Reichsfernsprechamt angeschlossen zu werden, auch tatsächlich an dieses angeschlossen werden und tendiert sich gegen das Übermaß von Petitionen. Darunter, daß so viele unberechtigte Petitionen an das Haus kommen, leiden die berechtigten. Dem Antrag Sfer ständen seine Freunde sympathisch gegenüber; es werde sich ermöglichen lassen, das, was den Reichspostbeamten gewährt ist, auch den preussischen Eisenbahnbeamten zuzubilligen. Redner begründet sodann den Antrag Trimborn betreffend Besserstellung der Eisenbahnbetriebssekretäre.

Auf eine weitere Bemerkung des Redners erklärt

Minister Bude, daß der Eisenbahnpräsident in Köln nicht in einseitig fiskalischem Interesse in verschiedenen Fällen billigere Sonntagskarten verweigert habe, sondern weil überhaupt die Absicht besteht, mit der Personalarreform die Sonntagskarten abzuklären. Was die Eisenbahnbetriebssekretäre betrifft, so hätten diese Beamten seit 1895 petitioniert, das Haus habe die Petitionen stets eingehend geprüft, sei aber meist darüber zur Tagesordnung übergegangen. Auch er, der Minister, habe sich davon überzeugt, daß die Wünsche der Betriebssekretäre nicht berechtigt sind. Andere Beamte mit ähnlicher Vorbildung seien viel schlechter gestellt, obwohl sie eine größere Verantwortung hätten.

Abg. Hammer (kons.) erklärt, daß er daselbe wiederholen wolle, was die anderen Redner gesagt haben. (Seiterteil.) Man könne doch unmöglich alle Wünsche der Petenten erfüllen. Die Förderung der Beamtenkonsumvereine und der Beamtenwohnungsvereine bedeute eine unheilvolle Schädigung des Mittelstandes. Dagegen bitte er den Minister, den Beamten an besonders teuren Orten, z. B. in seinem Kreise Teltow, mehr entgegenzukommen. Das Reich gehe mit der Aufbesserung der Beamtengehälter in einem Tempo vor, das mit der Basis seiner Finanzen nicht übereinstimme. Das müsse endlich einmal konstatiert werden.

Abg. Heckenroth (kons.) bittet, daß die Fahrgehalte der Beamten bei der Veranlagung zur Einkommensteuer nicht zu dem steuerpflichtigen Einkommen hinzugerechnet werden.

Abg. Busch (Ztr.) erklärt, er habe den Präsidenten der Kölner Eisenbahndirektion nicht angegriffen wollen.

Minister Bude betont nochmals, daß der Präsident in Köln nur seinen Reaktionen entsprochen habe.

Das Haus vertagt die Weiterberatung auf Freitag 11 Uhr. Schluß 4 1/4 Uhr.

(Nachdruck verboten.)

„Thea“.

Roman von Eugen von Deusch.

Neuntes Kapitel.

In den Kellern des alten Schlosses der Residenz, in denen vor Zeiten an armen Sündern die Martern vorgenommen wurden, befand sich jetzt schon seit mehr als hundert Jahren große Weinfässer, einige mit kunstvollen Schnitzereien versehen. Wer an ihnen klopfte, mußte zur Strafe, alte Geister heraufbeschworen zu haben, aus dem Faß eine Sühnelasche zum Besen geben. Zum Trost hatte der Geber die Berechtigung, selbst mitzutrinken zu dürfen. Meist wurden, um die armen Verstorbenen ganz zu verschonen, deren verzweifelte Angliederung unter der Folter einst hier an den dicken Mauern von der Außenwelt ungehört verhallt waren, aus der einen Flasche mehrere. Was der eine nicht zu erzählen mußte, erzählte dann der andere. Von Generation zu Generation bekundete hier in den Kellern der Geis den Jüngling, wie es „damals“ hier und um das Schloss herum ausgesprochen habe. In den Wänden entlang lagerten die großen Weinfässer, in der Mitte standen weiß geschwarte Tische mit einfachen Holzstühlen, die durtigen Rehen zu gesinnungstüchtigen Trunk einladend. Freundlich dreinschauende Küfer, mit blauen Blusen und einem Lederhüchz um den Leib, kreuzten das köstliche Maß. Alles atmete hier noch ursprüngliche Natürlichkeit und die Einfachheit vergangener Zeiten.

In einer Mauervertiefung zeigte man noch heute, wo dereinst das furchtbare Marterinstrument „die eiserne Jungfrau“ gestanden haben sollte.

Für ein kleines Trinkgeld, aber auch ohne dieses konnte man in gebückter Haltung durch schmale, niedrige, von Feuchtigkeit trisende Gänge dem Küfer, der mit einem alten eisernen Spießleuchter mit blauer Zalgterse voranschritt, in die tieferen Keller folgen.

Eine vermauerte Tür hatte früher in einen unterirdischen Gang geführt, welcher das Schloß, unter dem Bett des vorbeistehenden Stromes hindurch, mit einem jenseits desselben liegenden Kloster verband.

Die Wege, welche das Licht der Welt scheuen, werden meist von Schleichern betreten. Vor Zeiten mochten es Briefier gewesen sein, oder die Wege dem Schloßherrn im Fall eines Überfalls die Möglichkeit zu ungeliebter Flucht geboten haben. Die Pflanztafeln hatten freien Spielraum, auf leicht gedrehten Schwingen in die Vergangenheit zu fliegen und aus den Grabesgeheimnissen Entschwindendes, Verklungenes heraufsteigen zu lassen zum goldenen Tageslicht des „heute“.

Sätte man doch mit einem Blick in die Entstehungszeit dieser meterhohen Fundamente, auf denen Trohnschreie ein stolzes Schloß mit Erkern und Türmen erbaute, zurückzusehen können! Auf stolzem Hof, die edle Herrin zur Seite, gefolgt von Pagen und Knappen in kostbaren Gewändern, mochte der erste Herr hier eingezogen sein. Der Fluß lieferte ihm den zarten Fisch, das Weidwerk im grünen Forst sorgte für des Herrn Lisch mit manch saftigem Wildpret. Zuerst mochten sich wohl am Abhange des Schloßberges, an den Ufern des Stromes Fischerhütten erhoben haben, um die Bewohner des Schlosses reichlich mit dem lebenden Gehter des Stromes zu versorgen. Die Zeiten waren damals voller Willkür und Wildheit. Der Schwächere begab sich unter den Schutz des Stärkeren, so hatten sich dann kleine Krämer und Kaufleute, die zu Wasser einen bequemeren Weg zum Warentransport mit anderen Flecken und Ansiedlungen herbeiführen konnten, allmählich um den festen Herrensitze angesiedelt. Zu bestimmten Zeiten, meist einmal im Jahr, sammelten sich an größeren Flecken Tauscher und Verkäufer, Käufer und Verkäufer.

Je fester die Burg, je mächtiger der Herr, desto ungeörter konnte die Ansiedelung unter seinem Schutz Handel und Wandel pflegen. Für den angebotenen Schutz mußte der Händler, der Fischer, der Landbewohner dann dem Herrn wohl seinen Tribut zahlen. Ungefähr so mochte es ge-

wesen sein, bevor aus den allmählich zusammengezogenen Leuten sich eine kleine Stadt entwickelte. Hatte diese für Kriegszeiten in späteren Jahren eine Wichtigkeit, sei es, weil sie hochgelegen oder weil eine Brücke über einen breiten Strom daneben, so zog man wohl Verteidigungsmauern und Gräben herum, um dem Feind wohl verhängt gegenüber Widerstand leisten zu können. Das war ja nun schon lange, lange her, und doch erinnerte hier noch so vieles an die Vergangenheit. Auf dieser Seite des Stromes, die höher gelegen, und auf welcher das Schloß stand, hatte sich heute ein moderner, teilweise eleganter Stadtteil gebildet. Die kleinen Häuser mit ihren Giebeln, scharfen Dächern und altergeschwärtzten Mauern hatten stolzen Prachtbauten Platz machen müssen. Auf der anderen Seite des Stromes hatte sich seit dem ersten Entstehen wohl auch schon vieles geändert, jedoch war sie der Hauptstift des Handels geblieben und von moderner, bequemer Eleganz war nichts oder eben nicht viel zu merken.

Dieser Teil hieß die Altstadt.

Die lange Straße, die sie durchschneit, zeugte von ausbleibendem Handel und regem Geschäftsleben, verirrte sich der Unkundige jedoch in eine der engen, schattigen Nebengassen, die durch Warenstapeln, Schemen und erbärmliche kleine Katen gebildet wurden, so konnte man glauben, in ein Krämerbiertel vor hundert Jahren hineingeraten zu sein.

Im Schloßkeller, an einem der sauer geschwarten Tische, saß mit einigen Bekannten zusammen Herr Seeger vor der dritten Flasche alten schweren Rotweines.

Sonst die Mäßigkeit selbst, schien ihn heute eine durstige Bier nach dem Trunk überkommen zu haben.

Seine kleinen Augen irrten unruhig in dem Keller umher, als wollten sie suchend, spähend, irgend etwas erfassen.

Seine Baden und Stin waren hoch gerötet, nervös umspannte er mit der rechten Hand sein vor ihm stehendes Betttisch.

Die schmalen, bleichen Lippen brannten ihm zum Verlangen, mit den Zähnen biß er bald in die obere, bald in die untere.

Eine innere Unruhe verzehrte ihn, machte ihn fast rasend.

Nur nichts merken lassen, immer harmlos mitlachen.

Von Zeit zu Zeit zog er vertohlen seine Uhr aus der Westentasche, um sie nach einem ängstlichen Blick wieder einzusteden.

Ihm gerade gegenüber war in der dicken Mauer, eine zwei Meter hoch über den Fußboden, eine Vertiefung, in der vor Zeiten die Eiserne Jungfrau gestanden haben sollte, eine hohle, eiserne Frauenfigur, in der Mitte zum Öffnen. Innen darin voller kleiner und größerer Stacheln und eiserner Spigen, unter den Fußsohlen, an den Beinen, dem Leib und hinauf bis zum Gesicht. Die ganz verstockten Sünder wurden hineingelassen und allmählich, ganz allmählich schloß das eiserne Symbol, die Schürerin der Wahrheit, der Reinheit, die unbarmherzigen Fänge über ihrem Opfer zusammen. Jeder Stachel, jede Spitze drang langsam bohrend in das Fleisch, tiefer, immer tiefer. Ach! Diese entsetzlichen Qualen!

Ein leiser Schredensschrei entrang sich seinem Mund.

„Herr Gott, Herr Seeger, was haben Sie denn, Sie sind ja ganz bleich geworden.“

Er schloßerte eine Spinnre fort, die sich von der Decke des Kellers gerade auf seine Stin heruntergelassen hatte. Diese plötzliche, unheimliche Verührung hatte ihn so erschreckt, daß er aufschrie. Er wachte sich mit einem Taschentuch über die feuchte Stirn.

„Ich habe solches Grauen vor Spinnen.“

Man lachte, plauderte weiter. Seeger verzerrte sich, innerlich hätte er aufschreien mögen vor unfinniger Wit. Er hätte morden können.

Die letzten vier Tage zehrten an ihm. Raun daß er in ihnen Schlaf gefunden. Seine eiserne Mäßigkeit fing an, ihn zu verlassen. Immer und immer quälten ihn dieselben Gedanken.

(Vorlesung folgt.)

